



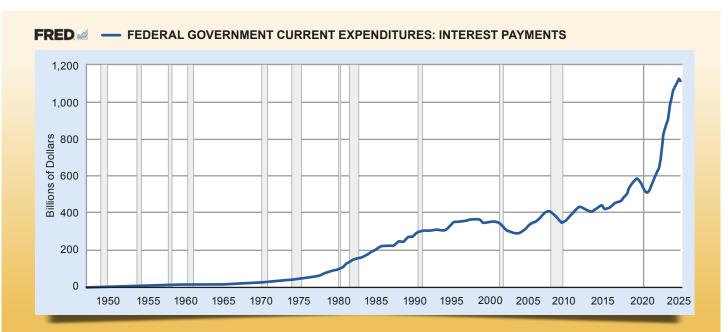
NEWSLETTER-REPORT

AUSGABE 04/25

Die Zins-Schuldenspirale der USA und die zwangsläufigen Folgen

Liebe Leser,

das Chart unten zeigt, wie in den letzten Jahren die jährlichen Zinsausgaben der USA gestiegen sind. Jahr für Jahr steigen die US-Zinszahlungen, und jedes Jahr fließt ein größerer Anteil der Steuereinnahmen an Gläubiger – ohne dass die Bevölkerung davon profitiert. Die diesjährigen Zinsausgaben von ungefähr 1,1 Billionen Dollar machen mehr als die Hälfte des 2025er-Defizits aus.



Source: U.S. Bureau of Economic Analysis via FRED® Shaded areas indicate U.S. recessions.

fred.stlouisfed.org



Das Zinskostenproblem der USA ist im Kern die Tatsache, dass die Zinszahlungen auf die Staatsschulden so schnell wachsen, dass sie schon zum drittgrößten Einzelposten im Bundeshaushalt geworden sind – und dadurch den finanziellen Handlungsspielraum der Regierung massiv einschränken. Heute befassen wir uns mit den **Ursachen**, dem **aktuellen Stand**, der **Prognose** und den Folgen dieser Entwicklung:

1. Woher kommen die hohen Zinsen?

Um zu verstehen, warum dieser Posten so bedrohlich geworden ist, hilft ein kurzer Crashkurs. Staaten leihen sich Geld, indem sie Staatsanleihen herausgeben – damit nehmen sie einen Kredit auf. Lange Zeit war das für die USA billig. Nach der Finanzkrise 2008 lagen die Zinsen nahe null Prozent. Schulden aufzunehmen fühlte sich an wie ein Dispokredit mit Mini-Zinsen. Diese Ära ist nun vorbei.

Die US-Notenbank erhöhte die Leitzinsen, um Inflation und Teuerung einzudämmen. Neue Schulden kosten wieder deutlich. Besonders knifflig ist, dass ein großer Teil der US-Schulden aus kurzfristigen Anleihen besteht, die ständig auslaufen und neu finanziert werden müssen – jetzt zu höheren Zinsen als vor ein paar Jahren. Das ist, als müsste man seine Hypothek alle paar Monate neu verhandeln – und jedes Mal ist sie teurer.

2. Die gigantische Ausgangsbasis – Schuldenstand auf Rekordniveau

Die Höhe der US-Staatsschulden ist kaum vorstellbar: rund 37,3 Billionen Dollar. Um es greifbarer zu machen: Rechnerisch trägt jeder Amerikaner – vom Säugling bis zum Senior – über 100.000 Dollar Schulden. Dieser Berg wuchs über Jahrzehnte – beschleunigt durch Kriege, Krisen, Rezessionen und Konjunkturprogramme.

Je höher der Schuldenberg, desto sensibler reagiert der Haushalt: Ein einziger Prozentpunkt mehr Durchschnittszins bedeutet rund 370 Milliarden Dollar zusätzliche Kosten pro Jahr. Schon kleine Zinserhöhungen können aufgrund des hohen Schuldenstands mittlerweile finanzielle Erdrutsche auslösen.

3. Zinszahlungen sind der stille Haushaltskiller

Die US-Regierung gibt ihr Geld für vieles aus: Altersrenten, Krankenversicherung, Verteidigung, Bildung. Aber ein Posten wächst schneller als alle anderen – und bringt keinen einzigen Kilometer Straße, keinen Arbeitsplatz, keine neue Forschungseinrichtung hervor. Es sind die Zinsen auf die Staatsschulden. Die 1-Billion-US-Dollar-Marke wird in diesem Jahr deutlich überschritten.

Das ist mehr als die Vereinigten Staaten für ihre gesamte Verteidigung ausgeben. Mehr als das komplette Budget von Medicare, dem Gesundheitsprogramm für Senioren. Und diese Zinsausgaben wachsen Jahr für Jahr weiter.

Das Tückische: Zinszahlungen sind nicht optional. Man kann ein Straßenbauprojekt verschieben oder einen Panzer weniger kaufen – aber Zinsen müssen pünktlich fließen. Jeder Zahlungsausfall würde das Vertrauen in die USA als Schuldner erschüttern, die Zinsen noch höher treiben und sofort eine weltweite Finanzkrise auslösen.

Je größer der Posten "Zinszahlungen" wird, desto weniger bleibt für alles andere. Der Kongress kann noch so leidenschaftlich über Steuerpolitik oder Sozialausgaben streiten – am Ende ist der erste Scheck, der aus Washington hinausgeht, der an die Gläubiger.

4. Die Dynamik der Zins-Schuldenspirale

Das Zinsproblem hat eine eingebaute Eigendynamik, die es so gefährlich macht: die Zins-Schuldenspirale. Sie funktioniert wie ein Strudel im Wasser – einmal hineingeraten, wird es von Runde zu Runde schwieriger, wieder herauszukommen.

1. Der Staat hat hohe Schulden

Mit rund 37,3 Billionen US-Dollar ist der Schuldenberg der USA so hoch wie nie zuvor in Friedenszeiten. Diese Summe wirkt wie ein gigantischer Hebel: Schon ein kleiner Zinsanstieg von nur einem Prozentpunkt bedeutet zusätzliche 370 Milliarden US-Dollar an jährlichen Zinskosten!



Zum Vergleich: Mit 370 Milliarden könnte die US-Regierung das gesamte Bildungsbudget mehr als verdoppeln oder ein umfassendes Infrastrukturprogramm auflegen – stattdessen fließt dieses Geld an Gläubiger in aller Welt. Die Höhe der Schulden ist also nicht nur eine abstrakte Zahl, sie macht das System extrem empfindlich gegenüber jeder Erhöhung des Zinssatzes, und sei diese auch noch so gering.

2. Die Zinsen steigen

Zinssätze steigen nicht zufällig – sie sind meist die Folge einer Kombination aus Inflationsbekämpfung durch die Zentralbank und Markterwartungen. Seit 2022 hat die Federal Reserve den Leitzins massiv angehoben, um die Teuerung zu bekämpfen, die zwischenzeitlich bei über 9 Prozent lag.

Für den Staat bedeutet das: Jede neue Anleihe, die ausgegeben wird, muss mit einem deutlich höheren Zinssatz versehen werden, damit Investoren diese kaufen.

3. Zinskosten explodieren

Die Folgen sind sofort spürbar. Noch vor zehn Jahren lagen die jährlichen Zinsausgaben der USA bei rund 250 Milliarden Dollar. Heute sind sie schon bei 1,1 Billionen Dollar – und es gibt keine Anzeichen, dass sich dieser Trend umkehren könnte.

Jeder Dollar, der in den Schuldendienst geht, steht nicht mehr für Sozialleistungen, Verteidigung, Bildung oder Steuerentlastungen zur Verfügung. Man könnte es mit einem Familienhaushalt vergleichen, in dem der größte monatliche Posten nicht mehr die Miete oder der Einkauf ist – sondern die Zinsen für alte Kredite.

4. Neue Schulden nötig

Hier wird die Abwärtsspirale einer zu hohen Staatsverschuldung sichtbar: Die hohen Zinskosten müssen bezahlt werden, aber die laufenden Einnahmen reichen nicht aus. Also nimmt der Staat neue Schulden auf, um die Zinsen für alte Schulden zu bezahlen.

Das ist, als würde man eine Kreditkarte nutzen, um die Zinsen einer anderen Kreditkarte zu begleichen. Kurzfristig löst es das Liquiditätsproblem – langfristig verschärft es die Lage, weil nun auch für den neuen Kredit Zinsen fällig werden.

5. Der Kreislauf verstärkt sich

Mehr Schulden führen zu höheren Zinskosten. Höhere Zinskosten führen zu noch mehr Schulden. Das ist der Kern der Zins-Schuldenspirale.

Falls die Wirtschaft schneller wachsen würde als die Zinslast, könnte der Staat diesen Mechanismus ausbremsen. Aber wenn – wie seit Jahrzehnten gewohnt – die Schulden schneller wachsen als die Wirtschaft, wird der Strudel immer stärker.

In der Geschichte vieler Länder ist das der Punkt, an dem Investoren nervös werden, höhere Risikoaufschläge verlangen oder sich ganz von Schuldscheinkäufen zurückziehen. Dann steigen die Zinsen noch weiter – und der Kreislauf beschleunigt sich bis zu einem Punkt, an dem er nur noch mit drastischen Maßnahmen durchbrochen werden kann. Die Grafik auf der nächsten Seite visualisiert das Dilemma.

Erläuterung des Schaubildes auf Seite 4:

1. Höhere Staatsverschuldung

Die US-Regierung finanziert Defizite durch die Ausgabe neuer Staatsanleihen. Jedes Jahr wächst dadurch die Gesamtschuldenlast weiter an.

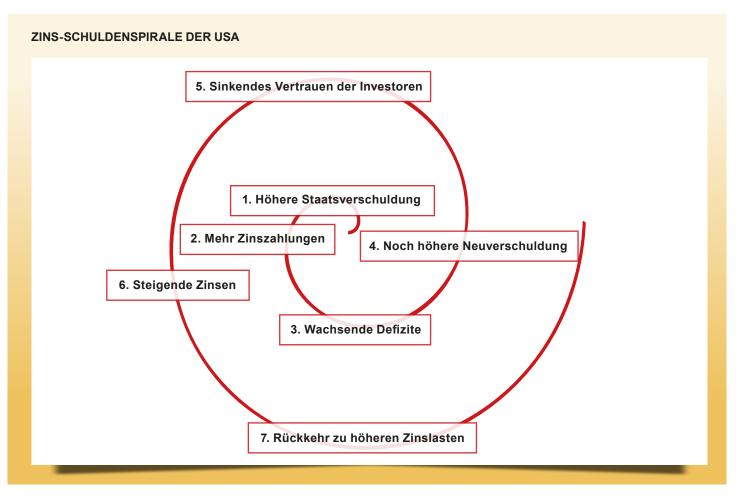
2. Mehr Zinszahlungen

Mit steigenden Schulden steigen auch die fälligen Zinszahlungen. Selbst wenn der Zinssatz lange Zeit niedrig bleibt, führt die wachsende Schuldenbasis zu steigenden Zinsausgaben.

3. Wachsende Defizite

Da der Staatshaushalt neben Zinsen auch Sozialausgaben, Verteidigung und Investitionen tragen muss, vergrößern die steigenden Zinsausgaben die jährlichen Defizite.





4. Noch höhere Neuverschuldung

Um die Defizite auszugleichen, muss der Staat wiederum neue Anleihen ausgeben und versteigern. Dadurch erhöht sich die Gesamtverschuldung erneut – die Spirale dreht sich weiter.

5. Sinkendes Vertrauen der Investoren

Wenn Investoren erkennen, dass die Schuldentragfähigkeit zweifelhaft wird, fordern sie höhere Risikoaufschläge – also höhere Zinssätze. Die Glaubwürdigkeit der Staatsfinanzen leidet. Das erschwert die Refinanzierung.

Erläuterung: Ständig werden Schuldscheine fällig. Der Staat kann seine Schulden nur zurückzahlen, indem er zu diesem Zweck Schuldscheine an andere Investoren verkauft. Wie war das nochmal mit den Kettenbriefen? Sind diese nicht verboten?

6. Steigende Zinsen

Das sinkende Vertrauen in die nicht mehr soliden Staatsfinanzen führt zu einer abnehmenden Nachfrage bei Staatsanleihen. Mögliche Käufer fordern eine höhere Rendite. Selbst kleine Zinserhöhungen wirken bei hohen Schuldenständen enorm belastend für den Staatshaushalt.

7. Rückkehr zu noch höheren Zinslasten

Die höheren Zinsen schlagen sofort auf die zukünftigen Zinszahlungen durch. Damit verstärkt sich der Ausgangspunkt der Spirale: Noch mehr Schulden – noch höhere Zinslasten – noch größere Defizite.

5. Was sagen die Experten? – Warnungen aus allen Richtungen

Die Warnsignale sind unüberhörbar. Der Hedgefonds-Milliardär Ray Dalio, Gründer von Bridgewater Associates, sprach jüngst von einem "gefährlichen Punkt", an dem die USA angekommen seien:

"Die Zinslast wächst schneller als die Wirtschaft – das ist auf Dauer nicht tragfähig. Wir sehen die Anzeichen einer klassischen Schuldenkrise."



Auch der Ökonom Desmond Lachman, einstiger Vizechef des Internationalen Währungsfonds für Politikfragen, warnt:

"Eine so hohe Verschuldung bei steigenden Zinsen ist ein Brandbeschleuniger für wirtschaftliche Instabilität. Das ist der Stoff, aus dem Staatsfinanzkrisen gemacht sind."

Selbst die offiziellen Stellen in Washington klingen besorgt. Das Congressional Budget Office (CBO) prognostiziert, dass die Zinszahlungen in den kommenden zehn Jahren um rund 80 Prozent steigen werden. Schon Mitte der 2030er-Jahre könnten sie den größten Einzelposten im Bundeshaushalt darstellen – noch vor Sozialleistungen und Verteidigung.

6. Wie könnte man die Zinsfalle entschärfen?

1. Ausgaben reduzieren

Das klingt einfach, ist in der Praxis aber politisch sehr schwierig. Der größte Teil des US-Haushalts fließt in Sozialprogramme wie Social Security (Renten) und Medicare/Medicaid (Gesundheitsversorgung). Kürzungen hier würden viele Millionen Menschen direkt treffen – ein Schritt, den kaum ein Politiker verantworten möchte.

Das Einsparungspotenzial im US-Bundeshaushalt ist begrenzt. Die gesamten Ausgaben betragen knapp 7 Billionen Dollar. Rund 90 Prozent dieser Ausgaben sind fix und können nicht gekürzt werden: Die gesetzlich geregelten Sozialausgaben machen etwa zwei Drittel aus, die von den Finanzmärkten vorgegebenen Zinsausgaben liegen bei rund 13 Prozent und die kurzfristig nicht reduzierbaren Verteidigungsausgaben belaufen sich ebenfalls auf rund 13 Prozent der Ausgaben.

2. Steuer- oder Zoll-Einnahmen erhöhen

Höhere Steuer-Einnahmen würde das Defizit reduzieren. Die aktuelle anti-sozialistische US-Regierung will keinesfalls Steuer-Erhöhungen – sondern Steuer-Senkungen! Zusätzliche Einnahmen aus möglichen

Zoll-Erhöhungen werden viel zu gering sein, als dass sie die US-Einnahmen signifikant erhöhen könnten.

3. Wirtschaftswachstum steigern

Die beste Möglichkeit, Schulden langfristig tragbar zu machen, ist, dass die Wirtschaft schneller wächst als die Zinslast. Davon sind wir aber sehr weit entfernt. In den letzten 20 Jahren lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der USA inflationsbereinigt bei etwa 2,4 Prozent pro Jahr. Das jährliche Schuldenwachstum der USA liegt dagegen seit 44 Jahren im Durchschnitt bei 8,8 Prozent mit entsprechenden Auswirkungen auf die Höhe der jährlichen Zinszahlungen.

4. Laufzeitenmix optimieren

Indem die USA mehr langfristige Anleihen mit festem Zinssatz ausgeben, könnten sie sich günstige Zinsen für viele Jahre sichern, so die theoretische Ideal-Vorstellung. Allerdings werden viele mögliche Investoren keine Schuldscheine mit langen Laufzeiten freiwillig kaufen, wenn die angebotenen Zinskonditionen bei einem erhöhten Ausfall-Risiko nicht angemessen attraktiv sind. Schuldschein-Käufer fordern von zweifelhaften Schuldnern eine gebührend hohe Verzinsung.

5. Glaubwürdige Fiskalstrategie

Am wichtigsten für die USA ist, dass Investoren wieder Vertrauen gewinnen. Das gelingt nur, wenn die Regierung einen glaubwürdigen, parteiübergreifenden Plan zur Stabilisierung der Schulden vorlegt – und diesen auch durchhält.

7. Die tickende Zeitbombe

Das Zinskostenproblem der USA ist wie eine stille Zeitbombe im Bundeshaushalt. Sie tickt leise im Hintergrund, während die politische Debatte von anderen Themen beherrscht wird. Doch mit jedem Jahr, in dem sich die Schulden schneller vermehren als die Wirtschaft wächst, rückt der Moment näher, an dem diese Bombe hochgeht. Die historische Erfahrung zeigt: Solche Krisen kündigen sich lange an – und kommen dann doch plötzlich!



In den 1970er-Jahren war es die Stagflation, die das Land erschütterte. Heute könnte es eine Kombination aus Zinslast, Inflation und Vertrauensverlust sein, die die USA in eine tiefe wirtschaftliche und politische Krise stürzt – und somit auch das weltweit überschuldete Finanzsystem.

8. Die Zins-Schuldenspirale der USA und die zwangsläufigen Folgen

Angesichts der aufgelaufenen Schuldenlasten ist es nicht überzogen zu sagen, dass es in den USA und auch anderswo mittlerweile zu einer "Fiskalischen Dominanz" gekommen ist: Die Staatsschulden sind so groß und bedeutsam geworden, dass ihre finanziellen Belange entscheidend sind für das, was die Zentralbank macht, beziehungsweise machen muss.

Spätestens in einer solchen Situation der Fiskalischen Dominanz entzaubert sich der Mythos von der angeblich politisch unabhängigen Zentralbank. Wenn die Staatsschulden außer Kontrolle geraten, ist es ganz und gar vorbei mit der gekünstelten Trennung zwischen Regierung und Zentralbank.

Denn in der "Not der Stunde" wird sich die Zentralbank nicht verwehren können, die maroden Staatshaushalte zu finanzieren – mit Zinssenkungen und dem Ausweiten der Geldmenge, indem die Notenbank mit neu gedrucktem Geld Staatsanleihen kaufen wird.

Und damit zeichnet sich auch ab, wohin das Fiatgeldsystem, sowohl in den USA als auch in anderen Volkswirtschaften der Welt, treibt: **letztlich in ein Szenario der Hochinflation** oder gar in ein Szenario einer Hyperinflation, und zwischenzeitlich ist und bleibt es bereits inflationär.

So gesehen gibt es gute Gründe für jeden Investor, in der Geldentwertung eine der zentralen Gefahren für die Ersparnisse der kommenden Jahre zu erblicken. Edelmetalle bieten einen guten Schutz.

Impressum:

SWM AG • Postfach 334 I 9496 Balzers I Fürstentum Liechtenstein

Büro: Hampfländer 22 I 9496 Balzers I Fürstentum Liechtenstein I Telefon: +423 23 00 182 I service@sev.li

Video

Twitter

Google

Newsletter-Archiv der SWM AG

www.swm-ag.li



Nachfolgend ergänzende Informationen zu Edelmetallen:















